

**Rede
des Sprechers für Energiepolitik**

Volker Senftleben, MdL

zu TOP Nr. 34

Erste Beratung

**Keine schmutzigen Deals bei Sustainable-Finance-
Regeln - Atomkraft und fossiles Gas von EU-
Nachhaltigkeitslabel ausschließen**

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen – Drs. 18/9389

während der Plenarsitzung vom 10.06.2021
im Niedersächsischen Landtag

Es gilt das gesprochene Wort.

Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen,

im Rahmen des sogenannten „Green Deal“ der EU wurde seitens der europäischen Kommission die Taxonomie-Verordnung geschaffen. Damit soll für Investitionen in Finanzprodukte Transparenz hergestellt werden und durch private Investitionen grüne und nachhaltige Projekte gefördert werden. Der Kern besteht darin, dass die Einführung eines einheitlichen Klassifikationssystems für ökologisch nachhaltige Wirtschaftstätigkeiten in der EU erreicht wird.

Damit eine Wirtschaftstätigkeit als ökologisch nachhaltig gelten kann, muss sie zur Verwirklichung eines der in der Verordnung genannten Umweltziele beitragen. Diese lauten: Klimaschutz, Anpassung an den Klimawandel, nachhaltige Nutzung und Schutz von Wasser- und Meeresressourcen, Übergang zu einer Kreislaufwirtschaft, Vermeidung und Verminderung der Umweltverschmutzung sowie Schutz und Wiederherstellung der Biodiversität und der Ökosysteme.

Neben dem Ziel der Taxonomie-Verordnung, private Investitionen in nachhaltige Tätigkeiten zu lenken, soll zudem „Greenwashing“ vermieden werden, indem Anforderungen an die Vermarktung von Finanzprodukten oder Unternehmensanleihen als ökologisch nachhaltige Investitionen festgelegt werden. Folglich dient die VO einerseits Transparenzzwecken, von Anfang an soll aber auch eine Lenkungsintention bestehen, die eine echte Bedeutung sowohl für die Finanzbranche, aber auch für die Realwirtschaft hat.

Auch die Bundesregierung verfolgt den Weg einer nachhaltigen Entwicklung der Wirtschaft. Und selbstverständlich wird auch Niedersachsen diesen Weg mit Nachdruck gehen.

Entscheidend ist bei dem aktuell angelaufenen Prozess aber auch, dass wir europaweit eine enge Abstimmung mit allen Mitgliedsstaaten zur Rahmensetzung dieser Verordnung führen. Für uns in Niedersachsen bedeutet dies auch, dass wir eine Positionierung zu möglichen Schlüsseltechnologien diskutieren und festlegen.

Seitens der Kommission werden aktuell zwei weitere Berichte der gemeinsamen Forschungsstelle erwartet, um wissenschaftlich basiert die finale Ausgestaltung des delegierten Rechtsaktes umzusetzen. Insofern sehe ich den ausstehenden wissenschaftlichen Berichten und der Beratung im zuständigen Ausschuss gespannt entgegen.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.